

Redaktion:
Wien, VI., Magdalenenstraße 53.

Abo-nement-Preise:
für Österreich-Ungarn mit freier
Postversendung:
Halbjährig 80 kr.
Vierteljährig 40 kr.
für Deutschland:
Vierteljährig hinter Ausverk 70 kr. =
Mark 1.20.

für das übrige Ausland:
Vierteljährig 58 kr. = 1 Fr. 25 Cent.
Gesetzte Exemplare 6 kr.

Die Zukunft erscheint an jedem
10. und 24. im Monat.

Unverbindliche Abstammungen sind partofrei.

Die Zukunft

Sozial-demokratisches Organ.

Administration u. Expedition:
Wien, VI., Magdalenenstraße 53.

Inseritions-Gebühr:
Für Anzeigen von Parteigenossen:
5 kr.
Für Anzeigen von Privatpersonen:
10 kr.
die dreimal gespaltene Zeitzeile oder
deren Raum.

Wir eruchen bei allen Gesendungen
sich der Postanstaltungen zu bedienen.

Mannschaftsliste

Proletarier aller Länder vereinigt Euch! werden nicht zurückgegeben.

Nr. 12.

Wien, Mittwoch 24. März,

1880.

Aus dem Lande der Pickelhaubenkultur.

Es ist schon dringend notwendig, daß wir von Zeit zu Zeit zu dem neuworbenen Bruder „Preuß“ mit dem unsre maßgebenden Kreise gar so die Freundschaft halten, hinüberschauen; denn da drüben geschehen Dinge, über die ein Feder, der nicht von der modernen realzönen Dreitänlichkeit ergriffen ist, billig den Kopf schützen müsste.

Es kann sich nämlich Preußia fühn an die Seite seiner Stammverwandten Schwester der Russie hinstellen und sich ebenfalls den Namen eines Attentäters beilegen; nur werden in Preußien das „au der Spize der Civilisazion“ marschirt, Attentate auf den gesunden Menschenverstand verübt.

Es ist merkwürdig, dieses Volk, daß mit dem Schulmeister von Sabow gar so prahlig tut, beschämmt heutzutage mit seinen zahlosen Verfolgungen Andersdenkender, das unverbüßtige Papsttum des Mittelalters. Der Index des preußischen Bazarismus überbietet den des Papsttums und gar widerbare Blüten hat die rohe Gewalt des brutalen Schnapstums getrieben.

Schon vor einigen Jahren machten sich einige Zeichen der herannahenden Geistesverfinsternis in Preußen-Deutschland bemerkbar und über dem Tohu-Wabohu der Begriffsverwirrung schwieb schon damals der Geist des Lutheranischen Erzüden Stahl mit seinem Prinzip: „Die Wissenschaft muß umleben!“ — Schon vor drei Jahren verjügte der dummdreiste brutale Soldatenstaat — man höre und staune — historische Tatjachen die ihm unbekannt waren auszumerzen. In einer Aufschrift an einem Grabdenkmal ward ein in den Märztagen gefallener Soldat, als „Ermordet“ bezeichnet, und als einige Blätter im Interesse der historischen Wahrheit hiewegen das Wort ergriffen, bekamen sie einige Prozesse an den Hals. Also schon damals hattet der Staat s a n w a l t und nicht die Wissenschaft zu bestimmen, was historische Wahrheit sei oder nicht.

Aber seit dieser Zeit ist es noch besser gekommen; man schuf das Sozialistengesetz und erklärte zu gleicher Zeit die g a n z e Wissenschaft in Acht. Wir überreichen gewiß nicht, wenn wir sagen die g a n z e Wissenschaft.

In der Nationalökonomie in der Finanzwissenschaft hat die Wissenschaft selbst aufgehört etwas zu gelten. Die Entscheidung liegt bei der Polizei und beim Staats-

amt. Zu denken ist nur insofern erlaubt als die hohe Obrigkeit es für gut befindet. Man hat die „Neue Gesellschaft“ eine Zeitschrift, die streng wissenschaftlich ist und sich auch mit Problemen der Mathematik und Naturkunde beschäftigt, verboten. Man hat eine Zeitschrift, weil dieselbe einen Artikel der unterdrückten „Berliner freien Presse“ veröffentlichte. — verboten, obgleich der besagte Artikel eine Billigung der Bismarck'schen Zoll- und Handelspolitik erhält. Und ein Staat in dem solche burleske Ercheinungen vorkommen, ein Staat, der gleich dem wütenden Stier mit dem Kopf gegen das durch Jahrhunderte festgefügte Gebäude der positiven Wissenschaft und freien Forschung wild anrennt, ein solcher Staat will an der Spize der Civilisazion marschieren, ein solcher Staat will dem übrigen Europa kommandieren und von einem solchen Staate läuft sich das übrige Europa imponiren. Europa schämte dich! Das als gebildet ausgeschrieene Europa schmeicht einem neuenstandenen Omar, der ganze Bibliotheken vernichten läßt, wie jener Barbar Omar, der die alexandrinische Bibliotek in Flammen setzte, weil nach seiner Ansicht entweder die Bücher, das enthalten was im Koran also überflüssig oder nicht das enthalten und in Folge dessen schädlich sind: so wütet der preußische Omar gegen die ganze Wissenschaft, die, wie leider Haarmann versichern können, nicht des preußischen Omars Wissenschaft ist. Man glaubt ja nicht, daß man es bloß auf sozialistische Werke abgesehen hat. Der Sozialismus gilt nur als Vorwand, aber tatsächlich geht man der ganzen Kultur zu Leibe.

Mit dem Sozialismus beginnt um dann gegen den Darwinismus und später gegen alles was Kultur und gelehrte Wissenschaft ist zu wüten. Die deutschen Reptilien spren ja Gifte und Galle gegen alle Überlieferungen aus der göttlichen französischen Revolution.

Alein da wird man ein gut Stück höhere Matematik abschaffen und alle technischen Schulen schließen müssen, denn die sind alle Schöpfungen der großen Revolution. Und wer weiß, wie es noch die preußische Tollwut und Civilisationszwecke treiben wird. Nun alles hat seine Grenzen und auch der gute Freund und Nachbar wir einmal zur Raison kommen oder zur Raison gebracht werden, sei es von innen oder von außen.

Die Erledigung des Sozialistengesetzes in Deutschland hat uns zu obigen Auslassungen veranlaßt, sie hat uns gewissermaßen dazu gedrängt, ein wenig zu zeigen,

wie es mit dem „Völker der Denker“ in geistiger Beziehung besteht ist. Und dieses Volk der Denker ist heute unser Bundesgenosse, der uns bis jetzt nichts anders als Hollschauern und Beeinträchtigungen des Handels gebracht hat. Und dennoch die Freude über diese Bundesgenossenschaft? Wir verstehen das nicht recht. Über will man mit dem „Bruder Preuß“ Arm in Arm das Jahrhundert, besser gesagt den Geist des Jahrhunderts in die Schranken fordern?

Russische Zustände.

Viele wurden — wie man weiß — unter die Freien verteilt, für welche dieselben einen jährlichen Zins zu zahlen hatten und zum Teil noch zahlen müssen. Nun aber erklärten die meisten Provinzialvertretungen (zemakya upravy), daß diejenigen Grundstücke, deren Besitz durch das Los den Bauern zugesichert waren, immer schlecht, ja zum Teil unbrauchbar waren, daß aber die Schürgungscomissionen nichtsdestoweniger die besagten Grundstücke mittel verschiedener Kniffe als höchst wertvoll dargestellt hatten.

Die Bauern hatten diesen plumpen Betrug nur allzusehr wahrgenommen. Aber was vermochten diese breiten Leibeigenen, die, entblößt von allen Hilfsmitteln, ja nicht einmal des Schreibens und Lesens fähig waren, gegen die Kommissionen auszurichten. Waren doch leichtere zu Teil aus den, an den betreffenden Orten ansässigen Adeligen, zum Teil aber aus den, von Adeligen befrechten kaiserlichen Beamten zusammengezogen. Es mußte sich daher die materielle Lage der ehemaligen Leibeigenen verschämmern. Unter dem Titel der Grundrente brachte die russische Bauernemanzipation dem Bauer eine schwere Steuerlast; denn die zu entrichtende Ablösungssumme überstieg oft mehrfach den Wert des Grundstückes und überdies hatte der Bauer noch die besondere Staatssteuer zu entrichten. Im heiligen Reichland sind die Steuern noch deartig vertilgt, daß in vielen Orten der Kaufmann zweiter Mängelklasse oder der Adelige in Provinzialabgaben bloß 6 Rubel, indeß der Bauer davon 26 Rubel entrichtet. Die beträchtliche Kopfsteuer belastet noch heute ausschließlich den Bauern und Kleinhöriger. In vielen Orten übersteigt der Betrag der Steuern den des Einkommens des Bauers, wie dies der Fürst W a i l t s c h i k o f f in einem sehr interessanten Werke nachweist. Arm

Feuilleton.

Die Nihilisten in China.

Unter diesem höchst anspruchsvollen Titel veröffentlicht ein Feuilletonist der alten Presse ein Feuilleton, in welchem er den Nachweis zu führen sucht, daß die nihilistischen und sozialistischen Bestrebungen schon ein längst überwundener Standpunkt — in China geworden sind. Nun interessant ist es schon für uns, wenn die Bourgeoisiepolitik schon so weit gekommen, um uns an den Beispiele des Bopfreiches vorzudenonstieren, daß der Sozialismus eitel Erzeugnis sei. Doch lassen wir den Feuilletonisten sprechen, da die aufgelisteten Sozialisten ohnehin wissen werden, was aus dem Feuilleton zu berzigen sei und was nicht. Dort, wo uns die Widersprüche des unbekannten chinesischen Sozialphilosophen zu tratsch erscheinen, wollen wir schon mit einigen Redaktionsbemerkungen dazwischen treten. Vorläufig eritleben wir dem verlappten Mandarin der alten Presse das Wort:

„Wie Europäer“, beginnt er seinen Vortrag, „werfen den Chinesen so gerne ihren Chauvinismus vor, der mit stolzer Berachtung herabblüht auf uns westlichen Barbaren. Sind wir etwa unsererseits nicht ebenso binkelhaft im Wahnglauben an die Unübertrefflichkeit unserer Civilisation und in der Selbstvergötterung unseres Fortschrittes? Unseres Fortschrittes — als ob es mit dem nicht seine ganz eigene Bewandnis hätte, wenn wir die führenden Ziele unserer politischen und filosofischen Freidenker mit den Errungenschaften vergleichen, welche die Chinesen sich unter Dach und Fach gebracht schon zu einer Zeit, als unsere Ahnen noch ein dumpfes Traumleben im Urmwald geführt. Greifen wir auf gut Glück aus der Reihe der Tagesfragen, deren Lösung gegenwärtig als eine gar gewaltige, forschrittlische Forderung hervorträgt, welche heraus, und wir werden finden, daß dieselben in China vielleicht schon seit Jahrtausenden ein überwundener Standpunkt sind. Ein Geschichter aus dem Reiche der Mitte muß sich ganz speziell und intensiv mit den Zuständen der europäischen Barbarenländer beschäftigt haben, um die Fragen auch nur zu begreifen, welche seit einem Decennium wieder unsern Westen in Athem

und jene Staaten in Aufregung erhalten, welche an der Spize der Civilisazion marschieren“. In China ist schon an die zweitausend Jahre der Staat vollständig konfessionslos. Die religiöse Toleranz wird, so lange eine Sekte nicht einen politischen Charakter annimmt, wie der Katholizismus der spanischen Missionare im Zeitalter der Conquista, oder jüngsthin der Mahomedanismus in Yünan, von der filosofisch gebildeten Beamtenchaft und dem reierenden Gelehrtenstande in der rücksichtslosen Weise, wenn auch nicht immer mit besonderem Respekt für die religiösen Genossenschaften, geübt. Eine konfessionelle Schule kennt China nicht, obwohl der Volkunterricht dort häufig seit den Zeiten, in welchen unsere Vorfahren sich zur Wüsterwanderung angestrich, ein durch die Sülte oder Sitzung „obligatorischer“ ist und sich unter den 300 Millionen des himmlischen Reiches nur blutwenig verkommenen Proletarier finden lassen, die nicht lesen und schreiben können und bei dem Erlernen dieser Kunst der chinesischen Schriftzeichen so komplizierten Kunst eine reiche Hilfe von Anschauungsunterricht genossen hätten. Ein Ideal unserer extremen Fortschrittsleute, die allgemeine Entwicklung, der ewige Friede ist in der ostasiatischen Welt, „in den vereinigten Staaten von China“, längst durchgeführt. Dieses ungeheure Gebiet, von einem Viertelteile der gesamten Menschheit bewohnt, von mehr Leuten, als Europa und Amerika zusammengezogenen, hat eine stehende Armee von kaum sechzigtausend Mann und reicht damit aus zur Vertheidigung seiner Grenzen.

Beispiele dieser Art liegen sich bis ins Endlose wiederholen, um unsere eingangs aufgestellte These zu erläutern. Die chinesische Kulturwelt, die gelbe Kulturrace des Ostens, hat einen Entwicklungsprozeß längst, seit Jahrtausenden, hinter sich, in dessen Mitte stehend wir uns jetzt abmühen und dabei wähnen, wie Wunders viel wir für unser Geschlecht leisten. Die gelbe Rasse hat auf ihrem Entwicklungsweg die gleichen (?) Fasen durchgemacht, die gleichen politischen und sozialen Kämpfe, wie wir, nur weit früher, als wir, und nicht selten auch weit intensiver. (Ist schon deshalb unmöglich weil damals noch kein moderner Industrialismus herrschte. D. Red.) Für den politischen Filosofen, welcher die Entwicklungsgesetze der Civilisazion kennen lernen will, wäre es

lohnend, sich um gewisse Perioden in den ostasiatischen Annalen zu bemühen, anstatt sich dem Kopfe zu zerbrechen über abstrakte Theorien. Die Lehren der Geschichte aus dieser ostasiatischen Kulturwelt wären sehr häufig wertvoller als die didaktischen Kommentare zu unseren europäischen Kroniken.

In den Bibliotheken Chinas würden die politischen Philosophen z. B. reichlichen Aufschluß finden über das große Rätsel, welches sie gegenwärtig so angelegentlich beschäftigt, über den Nihilismus. China hat eine gewaltige leistungsfähige, die ganze ostasiatische Kulturwelt in ihren Fundamenten aufwühlende nihilistische und sozialistische Durchgangsperiode seit Langem hinter sich. In China haben es die Nihilisten und nach ihnen die Sozialisten nicht bei einzelnen Punktchen, bei einzelnen Attentaten befreien lassen, sie haben die Herrschaft im ganzen Reiche zu erringen verstanden und mit einer logischen Schärfe, mit einer konsequenten Nüchternslosigkeit durchgeführt und Dezentrien lang aufrechterhalten, die den Helden unserer Internationale die Schärfe über ihre Schwäche und Haltlosigkeit auf die Wangen ließen muß. Diese merkwürdige Episode, eine der interessantesten und für unsere Gegenwart lehrreichsten in der ganzen Menschheit geschilderte überhaupt, spielte sich im ersten Jahrhundert unserer Zeitrechnung ab; sie endete schließlich mit dem vollständigen Fiasko der Communards und mit dem unbestrittenen Siege der Realazion. Leider sind in den spärlichen Quellen, welche die Sinologen bisher über dieses nihilistische und sozialistische Intermezzo geschlossen haben, die einzelnen karakteristischen Partien der Entwicklung, des Sieges, der Herrschaft und des Niederganges dieser großen Bewegung nicht verzeichnet. Abbé de Huc, der bekannte französische Missionär; Glücks, der deutsche Seefahrer und Abel Steunzel berühren in ihren Geschichtswerken jene Periode nicht eingehend genug und ohne tieferes Verständnis für die sozialen Fragen. Dafür aber zeigt der Verfasser ein umso tieferes Verständnis, da er von den primitiven Verhältnissen des ersten Jahrhunderts auf heutige gesellschaftliche Zustände schließt. Ein jeder Lehrling des Sozialismus muß ihn auslachen. D. Red.) um die es sich hierbei eigentlich gehandelt. Ihre Erzählung ist eine rein äußerliche. (Fortsetzung folgt).

und unvissen, überhäuft mit Kosten und Abgaben und ausgesetzt der privaten und öffentlichen Ausbeutung, in der russischen Bauer außer Stande, seine Aufmerksamkeit den agronomischen Fortschritten zu weihen und sich zu bestreben, dem Boden eine höhere Ertragsfähigkeit abzugevinnen. Noch heute — also gegen das Ende des neunzehnten Jahrhunderts — kann man überall Bauern finden, die nicht einmal das Pflügen sich bedienen, sondern den Boden noch mit dem Spaten bearbeiten, gleich ihrem Vorfahren vor 1000 Jahren.

Die Folgen der hier geschilderten „fisichen und geistigen“ Slavenbefreiung und russischen „Butilizion“ müssen denn auch notwendigerweise zum Ruine des Bauers und zur Schaffung eines ländlichen Proletariats führen. Und in Wirklichkeit beließ sich nach den Mitteilungen der Kaiserlichen Steuerausschüsse die Zahl des ländlichen Proletariats schon im Jahre 1870 auf Millionen. In dieser Summe rechnet man Bauern ohne Besitz:

| | |
|-------------------------------|--------------|
| Im Gouvernement Kursk | 208.032 |
| " " Kastrow | 22.426 |
| " " Tamboff | 79.250 |
| " " Kasan | 14.532 r. c. |

Das sind erdrückliche Ziffern. Umso mehr, da die hier aufgezählten Gegendn vor zehn Jahren noch kein ländliches Proletariat hatten und ihr Boden ausgezeichneten Humus enthalten, der Jahrtausende hindurch brach gelegen. Gleich den Prärien Amerikas, breiten sich auch in Russland endlose, unbewohnte und unbewohnte Steppen aus, indem andererseits es dem Bauer an Grund- und Bodensitz fehlt und der Bauer 25 bis 30 Prozent seines Einkommens als Bodenpacht zahlen muss.

Man erinnert sich noch der grauenhaften Hungersnot, welche vom Jahre 1873 bis 1874 in der russischen Provinz Samara wütete. Diese außergewöhnliche Tatsache wurde, wie die meisten dieser Art in Russland, bloß durch die schlechte Ernte verursacht. Es war den Bauern durch ihre außerordentliche Armut unmöglich, eine rationelle Bodenfultur zu betreiben und es ist dies auch heute noch der Fall. Ihre veraltete, vorstudiulische Art der Bodenbearbeitung halte in kurzer Zeit den Boden geschwächt und erschöpft. Die Folge davon war, daß man in dem an Grund und Boden überreichen Russland bald über „Mangel an zu bebauenden Flächen“ klage. Der Bauer, der einzig und allein von dem Erträgnisse des Bodens lebt, wird durchaus zugrunde gerichtet.

Schen wir indessen, wie es sich mit der Bodenverteilung in der letztgenannten Provinz verhält.

Nach dem statistischen Anzeiger enthält das Gouvernement von Samara eine Fläche von 3056 Quadratmeilen oder 15 Millionen Dicstatinen und hat eine hübsche Bevölkerung von 692.552 Personen. Nach dem Petersburger „Viedomost“ kamen durch das Gesetz auf je einen Bauer 3½ Dicstatinen. Der Gesamtbesitz der Bauern müßte dort demnach 2,427.432 Dicstatinen betragen. Es blieben also noch 13 Millionen Dicstatinen Grund und Boden übrig. Von dieser Summe müßten wir allerfalls jene Grundstücke abrechnen, welche den deutschen Kolonisten gehören.

Vorausgesetzt nun, daß gleich den Mennoniten alle übrigen deutschen Ansiedler je 60 Dicstatinen per Kopf erhalten hätten, so gäbe das, da die Zahl der deutschen Ansiedler sich im Kreise Samara auf 62.737 Personen beläuft, einen Grundkomplex von 3, 764.220 Dicstatinen. Es blieben also immer noch über 9 Millionen Dicstatinen übrig; von diesen noch 2½ Millionen als den Großgrundbesitz gehörig abgerechnet, bleiben noch immer ungefähr 7 Millionen; und diese ungemeine Fläche bleibt unbesiedelt, unbaut, indem die große Anzahl der Bauern vor Hunger sterben muß.

Das nennt man in Russland Mangel an Grund und Boden. Die sehr zuvor kommende russische Regierung glaubte es wäre eine Lebensnotwendigkeit für die deutschen Einwanderer per Kopf mindestens 60 Dicstatinen zu besitzen, daß überdies noch während der ersten 20—30 Jahre von allen Lasten und Steuern befreit zu sein. Und sie glaubte das mit Recht! Aber sind die armen russischen Bauern nicht auch Menschen die leben müssen? — In den Augen der väterlichen russischen Regierung scheinen sie es nicht zu sein, denn diese gab den armen Bauern bloß 3½ Dicstatinen per Kopf und beglückte sie zudem noch mit ungeheueren Abhöhung- und Staatsabgaben. Von diesen Staatssteuern bemerkte Sozialist sehr richtig; daß sie nicht so sehr das Vermögen und den Gewinn als die persönliche Arbeitskraft belasten, denn die frähesten Elemente des Bauernstandes werden für 6 Jahre durch den Militärdienst des Felbarbeit entzogen.

Der Besitz der russischen Bauern umgesetzt 10 Prozent des russischen Gesamt-Grundkomplexes, verändert sich immer mehr. Der Grundbesitz konzentriert sich immer mehr in einzelnen wenigen Händen, und das ländliche Proletariat nimmt in Russland derart zu, daß man Russland bald als das zweite mit Landlords gesegnete England wird bezeichnen können.

Ist das auch eine Notwendigkeit der Übergangsperiode?

Der große Grundbesitz den der Staat und einzelne reiche Private inne haben hat eine neue und mächtige Klasse geschaffen; dieselbe der Pächter, die aus der Agrarlinie einen geschäftlich börsenmäßigen Spekulationsartikel gemacht haben und den materiellen Reichtum Russlands herbeiführten.

Die Pächter erster Klasse pachten vom Staat oder von mehreren großen Grundbesitzern Hunderttausende von Dicstatinen. Man kann in solchen Fällen der Versteigerungen von Konkurrenz gar nicht sprechen.

Es pflegt vorzutunommen, daß ein Generalpächter der einzige Bewerber ist, denn es gibt nicht viele Pächter die 50, 100 oder gar 200 Tausend Dicstatinen also einen Grundkomplex von 10—20 oder 30 Quadratmeilen pachten könnten.

Diese Generalpächter üben ihre agrarische Wirtschaft in zweierlei Arten aus. Entweder sie vermieten die ganze

Domaine an zwei oder drei Untervermieteter, die den Grund wieder Spekulanten dritter Klasse überlassen oder sie vermieten die ganz kleinen Parzellen direkt an die Bauern. In beiden Fällen müssen die Bauern ungefähr 5—8 Rubel Pacht für je eine Dicstatine zahlen. Im ersten Falle zieht der ungebührte gestiegerte Zins in die Taschen der Untervermieteter, im zweiten Fälle in jene des Generalpächters und seiner Handlanger. Diese Leute verfügen über das Gut und verwalten es nach ihrem Gutdanken, denn auch sie wollen ihr Geschäft machen. Von einer Kontrolle oder Verantwortlichkeit der Herren Administratoren kann keine Rede sein, denn Letztere sind oft weder des Besitzes noch des Schreibens fähig.

Die landwirtschaftliche Kommission gibt in ihrem Berichte über den beobachteten Profit eines Generalpächters folgenden Aufschluß.

Ein Generalpächter, der im Südosten des Nowotschensker Kreises eine Partie an Grund und Boden vom Staat mietet, zahlt 4.100 Rubel jährlichen Pachtzins. Die Domaine umfaßt 3.600 Dicstatinen Felder 10.884 Dicstatinen Betriebsfelder und der Rest besteht aus Gutweiden. Die Bauern pachten in zweiter Hand 904 Dicstatinen Felder für je 4 Rubel. Die Wiesen geben 500 Schöber Heu und der Rest ist als Weide benutzt. Alles das trägt dem Generalpächter 7.200 Rubel jährlichen Zins. Das allein macht 75 Prozent. Aber da wir denn auch zugeben müssen, daß der Pächter die ihm noch gebliebenen 2.696 Dicstatinen zum Teile wenigstens von Taglöhner bearbeiten läßt, so können wir den Profit eines Generalpächters auf netto 100 Prozent veranschlagen.

Diese Verjüngung des Grund und Bodens die ohne Rücksicht, ohne jede Berechnung betrieben wird, macht sich bereits im ganzen Lande breit, und Dank derselben nähert sich sowohl der Boden als auch die Bewohner desselben mit Riesenschritten dem Ruine.

Vor Alem ist der Zins den die Bauern zahlen müssen ein solch übertriebener, daß dieser sowol als auch die innerhalb hohen Steuern eine rationale Wirtschaft gar nicht aufzunehmen lassen. Dann ist in diesem so großen Russland die Klasse der Generalpächter und Untervermieteter zu sehr darauf bedacht momentan so viel als möglich aus der Grundspekulation herauszuschlagen, als daß sie nur im Entferntesten daran denken könnten dem Bauern für einen rationelleren Betrieb hilfreiche Hand zu leisten oder sich selbst um Erhaltung der Bodenfultur zu kümmern. Vielmehr streben sie nur darnach den Boden momentan anzuziehen, und selbst wenn auch dadurch die ertragreichste Fläche an einer Sandwüste würde. Außerdem haben die Generalpächter kein anderes Interesse, da der Boden nicht ihnen gehört.

Diese Ausbeutung des Bodens vollzieht sich hauptsächlich in der gewohnten „systematischen Weise“ in den bewohntesten Distrikten. Daher kommt dann der sogenannte Mangel an Boden, den die Bevölkerung so schwer empfindet. Dem der Bauer, indem er eine Hütte besitzt, ist an die Scholle an jenes Fleischband gebunden, daß er nicht zu verlaufen vermag; zudem fällt es ihm auch an Mitteln, ja es ist ihm unmöglich seine Scholle zu verlassen um einige hundert Meilen weit von seiner Hütte sich ein besseres Grundstück erwerben zu können.

Noch ein zweites Verbrechen gegen die Natur reicht sich an das bisher beschriebene Staatsystem, und das ist die Ausrottung der Wälder.

Der russische Absolutismus hat eine mächtige Armee von egoistischen Beamten geschaffen, welche dem Volke gegenüber unverantwortlich sind, dafür aber mit einer ziemlichen Universalität ihre heiligsten Pflichten als Beamten verlegen. Beamten dieser Sorte verwalten gewöhnlich die Staatsdomänen. Sie handeln mit größerer Willkür als die Generalpächter, denn der Eigentümer, der Staat, d. i. der Kaiser, ist nicht in der Lage sie unmittelbar überwachen zu können. Der höchste Beamte überwacht die Untergeordneten und — eine Hand wüßt die andere.

Die Entholzung des russischen Grundes nimmt in immer größeren Maßstäbe zu. Dank dem Gebaren der Herren Beamten. Es ist erst einige Jahre her, daß eine juridische Kommission die Tatsache entdeckte, daß eine Finanzgruppe, welche mit Hilfe höherer Beamten einen Wald zum Ausrotten ankaufte, hiebei mehr als eine Million Rubel gewonnen hatte.

Dieses Verfahren und diese Weise den Boden zu behandeln hat denn auch zur Folge gehabt, daß der bewohnte Boden an Qualität immer schlechter geworden ist.

Die Landwirtschaftskommission gibt den auch über das Verhältnis der Aussaat und Ernte folgende sehr interessante Daten:

Im Jahre 1851 war d. Aussaat 1,662.000 u. d. Ernte 8.338.000

1861 " 1.679.000 " 7.464.900

1871 " 2.439.000 " 6.262.000

Während die Ernte sich zur Aussaat im Jahre 1851 verhielt wie 6 zu 1 hatte man im Jahre 1861 das Verhältnis von 4:4 und 1871 sogar das von 2:5 zu 1. Die Fruchtbarkeit des Bodens hat sich demnach innerhalb 20 Jahren um 50 Prozent vermindert.

Politische Übersicht.

Vom Januar gebe es auch mancherlei zu berichten. Gegen Mitte dieses Monates tauchten verschiedene Gerüchte von beabsichtigten Arbeiterdemonstrationen auf, die natürlich vor den Vorgewißheitserwerben weidlich ausgebreitet wurden. Die Kräutnässigen witterten schon Dank ihres sittschriftlich organisierten Gesichtsvorprungs, nihilistische Verschwörungen in Wien. Das radikale angarische Blatt „Ehreblätter“ fand aber für die betreffenden Gerüchte eine andere Lektüre. Es behauptete nämlich die russische Regierung unterhalte in Wien Agents Provocateurs, welche Demonstrationen u. dgl. hervorrufen sollen, damit dann Österreich eher geneigt wäre einen

gemeinschaftlichen Staatsbund mit den Russen zu schließen. — Man mag zugeben werden, daß der russischen Realization zur Erreichung ihrer Zwecke kein Mittel zu schlecht ist. Sie hat, während Hartmann in Paris war, durch ihre Agents-Provocateurs Brandbriefe fabrizieren lassen, um den russischen Revolutionären zu schaden. Allein um Österreich zu reaktionären Maßregeln anzureizen, dazu bedarf die russische Regierung keinerlei Anstrengung. Wir haben schon die Realization in voller Blüte und diejenigen geistlichen Herren, die mit uns vereint seiner Zeit die Marceillais gefangen, bliesen heute, da sie im Schiff sitzen und Peitschenschneiden, eine ganz andere Melodie, nämlich Oratorien von Bach — aber nicht vom Komponist, sondern vom Freiherrn v. Bach.

Überdies ist eine gewisse Sorte von Provokation auf ganz andere Umstände zurückzuführen. Wir betonten schon seiner Zeit, daß die Schwierigkeiten, mit welchen unsere Presse zu kämpfen hat, die Leser aus der Arbeiterklasse den „blutigen“ ausländischen Beischriften in die Arme geführt hat. Und wer weiß ob die Hindernisse, die heute einer Arbeiterbewegung innerhalb der gesetzlichen Schranken entgegenstehen, nicht die Arbeiter dem Nationalismus in die Arme führen? So viel ist Tatsache, daß sowohl in Deutschland als auch in Österreich die Arbeitermassen, so lange ihnen gleich den übrigen politischen Parteien die reine Bewegung gestaltet war, jeden Schritt verdamten, der vom Wege des Gesetzes abgewichen wäre. Eine gesetzliche ruhige Bewegung, die wir planen, hat seitdem abgenommen, das geben wir zu. Das häuft, das zu unserer politischen Taktik hält, nimmt ab; aber es kommt — und wir müssen es mit Bedauern gestehen — jene Schule des Sozialismus hierzulande immer mehr zum Vortheil, welche ganz andere Wahlen wandelt. Wenn werden dies endlich unsere Machthaber einsehen und dem politischen Gesinnungsaustausch wenigstens jene geringe Maß von Freiheit gestatten, wie es unter dem Bürgerministerium gestaltet war?

Der Sozialistenprozeß in Krakau ist noch immer nicht zu Ende. Was an der ganzen Sache ist, ist schwer zu errathen, da die Tagesblätter nur spärliche Berichte über den Prozeß bringen. Auch gut; es werden schon solche Blätter, welche den österreichischen Behörden keine Rücksicht schulden um so ungenauer die Sache zerstören und wahlgemertet heute, im Zeitalter der Eisenbahnen, läßt sich schwer eine chinesische Mauer gegen literarische Produkte errichten. Das war nur noch „anno Schnee als der große Neuner gefallen ist“ — möglich. Wir können von unsern inneren Angelegenheiten nicht scheiden ohne unseren Lesern noch ein interessantes Recheneispiel zu geben. Hier in Wien wurde einer zu vierzehn Tagen Gefängnis verurteilt, weil er die Worte: „Die Regierung wird ja alle Tage gescheiter“, gesprochen. Zu diesen Worten steht allerdings eine Beleidigung, denn, wenn man von einer Regierung behauptet sie werde erst gescheiter, das heißt sie befindet sich in dem Entwicklungsfeld, wodurch sie aus dem ehemaligen Reichsgesetzlein herauskommt, so ist das kein Kompliment. Also der Mann hat beleidigt und ist mit vierzehn Tagen verdonnert worden, darüber ist nichts zu sagen. Allein welche Strafe hätte ein Mann bekommen, der einen, dem obigen entgegengesetzten Ausspruch getan hätte? Man wird begreiflich finden, daß die Lösung dieser Frage uns sehr interessiert.

Und nun zu unserem lieben Bundesgenossen, zu Deutschland. Also der liebe Bruder Preuß hat das Sozialistengesetz bis 1884 verlängert, wie es denn auch nicht anders sein konnte. Die Herren Überalen haben natürlich und in allgewohnter Weise einen Wettslauf um die Gunst des großen Kanzlers angestrebt. Was kann von Tarnow Gutes kommen und was kann man von den eingeschlechten Bismarckläden Gutes erwarten? Allein, daß die Herren vom Centrum, die sich während der Wahlen vom Jahre 1878 gewaltig in die Brust geschlagen und sich als Hüter der bürgerlichen Freiheit aufgespielt, daß diese Herren, die damals mit Handschlag und Eid verpflichtet, unter keinen Umständen für das Sozialistengebet zu stimmen, — heute für die Verlängerung desselben einzutreten, das übertrifft noch alle nationalliberale Karakterlosigkeit. — Diese Herren sollen nur noch einmal kommen und vom Schwinden des Kreuz und Glaubens, von der Unzufriedenheit der Meinide sprechen und wir werden nicht versetzen, den Kartoffels zuzurufen: „Kapft euch bei der eigenen Nas!“ Kleinod bleibt Kleinod und selbst wenn er auch in Massen begangen wird und die Herren, welche für leidliche Grundlage in die Schranken treten, sollen erst selbst kräftiger werden.

Es wird in Deutschland fortbelagerungszustand aber auch fortgewährt und von den Sozialisten in einem fort gesteckt. Die Wahl in Sachsen fiel, wie es denn auch nicht anders sein konnte, zu Gunsten der Sozialisten aus. Trotz den ungeheuren Anstrengungen der Gegner erhielt der Sozialist Auer um 1000 Stimmen mehr als alle Gegner zusammenommen. Aber die Sozialisten Deutschlands haben von ihrem „Freunde“ Moltke noch Manches abgelauscht. So befolgen auch sie das Prinzip: „die beste Vertheidigung liegt im Angriffe“ und gehen auf den Angriff einer neuen Position aus. Der zweite Berliner Wahlkreis soll erobern werden und unsere Gesinnungsgenossen machen sich daran mit einer Umsicht und Rücksicht, die Bewunderung verdient. Wir wollen hoffen, daß unsere Berliner Genossen das Gebäude der sozialistischen Siege durch die Eroberung des 2. Berliner Wahlkreises krönen werden.

Der Diktator Boris Melikoff scheint — wenn man den Versicherungen russischer Correspondenten Glauben schenken darf, mildere Seiten anzuhören zu wollen. Ob aber das bischen Konstitution genügend ist, die russischen Schäden zu heilen, ist sehr zweifelhaft. Wir glauben, es müßte auch ein bischen Lösung der Agrarfrage dabei sein; wenigstens wird dies durch unsere Betrachtungen,

die wir an anderer Stelle über russische Zustände anstellen (siehe den 2. Beiratstext) so ziemlich begründet. Frankreich hat den Russen Hartmann nicht ausgelöscht. Freilich ist die Art und Weise, wie sie die Russen Hartmann erledigte, gar nicht republikanisch, allein in diesen Zeiten ist es immerhin ein Trost, wenn sich das häßliche Schauspiel, daß die Schweiz mit Nietschkoje ausgeführt hat, sich nicht wiederholt. Im Übrigen ist aus Frankreich manches Erfreuliche zu berichten.

B. Es kommt wieder Leben in die Arbeiterbewegung. Seit den Beischüssen des Marsfelder Sozialistenkongresses, dessen Programm in den meisten hiesigen Arbeitervereinen die Majorität für sich hat, regt es sich wieder mächtig und wird nun einerseits zur Ausführung der beschlossenen Verbündung aller hiesigen Arbeitervereine, andererseits an die Organisierung der Provinz kreise geschritten, welche auch noch im Verlaufe dieses Jahres ihre Kongresse abhalten werden. In zwei größeren Arbeiterversammlungen, die in den Rue d'Utrès vor den Pariser Delegierten einberufen wurden, ist die Art und Weise, wie die Verbündung (Fédération) zwischen den Syndikatskammern, sozialistischen Studienvereinen (Cercles d'études) und Konsumvereinen praktisch durchgeführt sei, eingehend diskutiert worden. Diese Vereine werden in Höhe Delegierte wählen, denen die Aufgabe zufallen wird, einen Regionalkongress für Paris und seine Umgebung zu organisieren.

Aus Parteikreisen.

Wien. Samstag den 13. März wurde Genosse Hofmann am Schmelzer Friedhof verhaftet. Veranlassung dazu gab, daß Hofmann eine gedruckte Aufforderung, die Märzgefallenen dadurch zu ehren, daß die Arbeiter Wiens sich Sonntag Vormittags in Bobels Lokalitäten einfinden sollen, um von dort aus einen gemeinsamen Ausmarsch zum Grabe der vor 32 Jahren gefallenen zu unternehmen, verbreitete. Unseres Wissens sind derartige Pietätzezungen von Seite der Arbeiter als auch der studirenden Jugend in früheren Jahren schon öfter vorgekommen. Dass auch diese Demonstration ohne die Intermission der Behörde ebenso richtig und würdevoll verlaufen wäre, steht außer aller Zweifel, denn wenn auch die Arbeiter nicht so sehr an Gedächtnisschwäche leiden, wie gemischt-Stände, so besiegen sie doch Takt genug um nicht durch tumultarische Szenen das Andenken jener Märtyrer zu verunglimpfen. Nichtdestoweniger glaubte die Behörde doch einschreiten zu müssen, denn nach wenigen Stunden der Festzeichnung Hofmanns wurde von Seite der f. i. Polizei-Direktion Wien folgende Kundmachung in allen größeren Werkstätten publiziert:

K u n d u m a g u n g .

Mittelst gedruckter, in den betreffenden Kreisen verbreiteter Buletin werden die Arbeiter Wien's zur Teilnahme an einem morgen Vormittags beabsichtigten demonstrativen Aufzug nach dem Schmelzer Friedhof aufgefordert.

Nachdem dieser Aufzug gegen die Bestimmung des Versammlungsgesetzes vom 15. November 1867 ohne behördliche Bewilligung stattfinden soll, tritt für die Behörde die Verpflichtung ein, diesem Vorhaben entgegen zu treten, was hemmt zur Warnung bekannt gegeben wird.

Wien, den 13. März 1880.

Von der f. i. Polizei-Direktion.

Wie daraus zu erkennen, hat der Arrangeur dieser "Demonstration" den Aufzug nicht angemeldet und die Behörde deshalb interveniert. Bemerkenswert ist nur, daß zur Stunde des projektierten Aufmarches eine bedeutende Polizeimacht aufgeboten wurde und noch dazu so ungestrahlt als möglich posirt. Viele der Besucher des Schmelzer Friedhofs, zum großen Teil erst durch die behördliche Kundmachung aufmerksam gemacht, konnten sich eines Lächelns nicht erwehren, als sie in Louvels Grabstein-Niederlage, hinter den harmlosen Marmorbüchsen die Wächter der Sicherheit erblickten, doch mit dem nicht genug, war auch der Hofraum in voller Kriegsbereitschaft. Warum so viel Aufheben! war die allgemeine Frage. Nun lassen wir diese Frage absichtlich unbeantwortet.

Das der ersten Seite, die komische nicht fehle, dafür sorgte schon unsere Presse. Tat da unter anderem auch das Organ "für Volksverwilderung" "Illustrirtes Wiener Extrablatt" seinen Mund auf und rüttete den gemütlichen Spießer folgende schauerliche Mähr auf:

Hüte Euch vor den Hęhern!

In mehreren Fabriken und Arbeitslokalen Wiens sind heute kleine Plakate verteilt worden, in welchen die Arbeiter aufgefordert werden, morgen Sonntag den 14. März sich zu sammeln und einen allgemeinen Ausmarsch zum Grabe der März-Gefallenen zu inszenieren.

Wir warnen die Arbeiter in deren eigenstem Interesse, diesem Gebrüse zu folgen.

Abgesehen davon, daß ein solcher Massenaufzug, der nicht bei der Behörde angemeldet und gestattet worden ist, gegen das Gesetz verstößt und das Einschreiten der staatlichen Gewalt unabdingbar heranzufordert, ist auch gar nicht abzusehen, was eine derartige Demonstration gerade im jetzigen Momente bedeuten soll. Wer Pietät für die gefallenen Freiheitskämpfer der Märztagen besitzt, dem bleibt es selbstverständlich unbenommen, einen Stein auf deren Grab zu legen. Zu einer "eingesagten" Demonstration, die mit dieser Pietät nichts zu tun hat, ist aber umso weniger Beranklung, als das, was die Freiheitshelden des Jahres 1848 anstreben, als unbestrittene Errungenschaft in Österreich besteht.

Österreich ist ein freier, konstitutioneller Staat unter einem freisinnigen, konstitutionellen Monarchen und jeder Wunsch des Volkes findet in der Volksvertretung seinen Ausdruck.

Aber auch auf anderen Gründen warnen wir die Arbeiter, der Gebrüse zu folgen.
Wer es tut, der sitzt auf.

Wir haben unwiderlegliche Anzeichen dafür, daß aus der nächsten Nähe der regierenden russischen Kreise Gußfäße nach Wien entsendet worden sind, um hier künftig eine soziale Fährung zu erzeugen. Von solchen, der russischen Staatspolizei nahestehenden Agenten gehen auch die neuen Heiplakate aus.

Der Zweck ist, durch Erregung von Unruhen die österreichische Regierung zu zwingen, daß sie auf den Antrag der russischen Regierung eingeht und gemeinsam mit den Schulen der russischen Despotie eine Sozialisten- und Demokraten-Heile inauguriert. — Dieser Antrag ist hier kurz vor der Hand gewiesen worden.

Wir trauen den Wiener Arbeitern so viel gesunden Menschenverstand zu, daß sie nicht aussagen und dem Import einer russischen Reaktion nach Österreich Vorhübe leisten werden!

Übergehen wir die ersten Ergebnisse mit Stillschweigen, denn ein Mann wie Singer hat gut zu sagen: "Wir leben in der besten aller Welten." Wir als gewöhnliche Menschenkinder haben hier allerdings eine etwas abweichende Meinung. Aber wenig patetisch das Organ für höhere Tatsch ausruft: "Wer es tut, sitzt auf" so sind wir der bestehenden Meinung, daß der aufgesetzte Teil in diesem Falle, nur das läbl. "Extrablatt" selbst ist. Also von Agenten, die der russischen Staatspolizei nahestehen, gingen die "Heiplakate" aus! — Unser "Extrablatt" wie jüngstes Ende um das schöne Geld, daß du für solche sensationale Entfaltungen ausgibst. Entfaltungen, die jedem, der die hiesigen Arbeiterverhältnisse nur halbwerts kennt, die Nachtmuskeln unwillkürlich in Bewegung setzen.

In ja! ihr "praktischen Politiker" wenn auf irgendwann der Soh "Sie haben nichts gelernt und nichts verloren" passende Anwendung findet, so — seit ihr es.

Die Verhaftung des Genossen Hofmann endete mit einer 24 stündigen Arreststrafe und Ausweisung aus dem Polizei-Raion Wien. — Doch die Ausweisung Hofmanns schwerer fühlte am besten daran, als dessen Mutter und Bruder beständig in Wien domiciliert und auch in geschäftlicher Beziehung ihm ein bedeutender Anteil erwähnt.

Hausdurchsuchungen fanden am 22. März bei den Genossen Göbel und Führer statt. Man suchte angeblich nach Flugblättern des kommunistischen Arbeiter-Bildungsvereins in London. Gefunden wurde außer einigen harmlosen Blättern, nichts. Desgleichen wurden auch bei den Genossen Walecka und Schneider und einigen uns nicht näher bekannten Genossen gehaussucht und ist Genosse Schneider aus uns unbekannten Gründen verhaftet.

Die für Sonntag den 14. März vom Genossen Bach in slavischer Sprache einberufene Volksversammlung wurde auf Grund des §. 6 des Versammlungsgesetzes verboten. Bekannt ist uns nur, daß die Versammlung mit der Tagesordnung "die neue Gewerbeordnung" in slavischer Sprache untersagt wurde, wo doch schon in deutscher Sprache ungähnliche abgehalten wurden. Auch die für Montag den 15. März von Genosse Hofmann in Bobels Lokalitäten einberufene Volksversammlung mit der Tagesordnung: die 8jährige Schulpflicht traf dasselbe Schicksal.

Wie wir bereits mitgeteilt, wurde gegen Genossen Seebacher in Klagenfurt auf Grund eines vorgefundene Briefes die Anklage auf "Vergehen gegen die öffentliche Ruhe und Ordnung" angestrengt. Jedoch zog bei der am 15. März stattgefundenen Hauptversammlung die f. i. Staatsanwaltschaft es vor, die Anklage zurückzuziehen, was die Freisprechung des Genossen zur Folge hatte.

Krems, am 17. März 1880. (Drig.-Korr.) Wie den Leuten der "Kunst" bereits bekannt sein dürfte, ist der in den Wäldern Krems' abspielende Sozialisten-Prozeß noch nicht entschieden. Doch dürfte für dessen Ausgang die Thatache, daß die Anklage, welche ursprünglich auf Hochverrat, nunmehr auf Störung der öffentlichen Ruhe (§. 65) lautet, als günstiges Symptom aufzufassen sein. Herr Staatsanwalt Brajon hatte in Wien zu thun und wird diese Reise mit der Abschwächung der Anklage in Gang zu bringen sein.

Die Verhandlung dauert nun schon einen vollen Monat und ist der Schluß erst gegen 10. April anzusehen. Ubrigens geht es jetzt in beschleunigtem Tempo, da man die Beweiskette gemacht hatte, daß die Vertheidigenden der Angeklagten vielmehr zur Verbreitung der sozialistischen Theorien beitrugen, als die eifrigsten Agitationen der Angeklagten in der Freiheit dies zu tun im Stande gewesen wären.

Ubrigens wird der Prozeß sonderbare Streiflichter und gefüllt sich zu den bereits bekannten Chikanen von Seite des Untersuchungsrichters Herrn Lurek noch folgende Klage:

Während der einjährigen Untersuchungshaft, wollten viele der Angeklagten weder die richtigen Namen noch sonst Aufschluß über ihre Privatverhältnisse geben. Weil sie nämlich eine Komplikation ihrer in Russland ansässigen Freunde und Verwandten fürchteten. Selbstverständlich sah die Behörde das Vorgehen so auf, als wollten die Angeklagten nur der Wahrheit ein Schnippchen schlagen.

Wie richtig übrigens die Befürchtung der Angeklagten war, zeigt klar und deutlich folgende Tatsache: Der Angeklagte Strasser verlangte nach Schluß seiner Bertheidigung dreie, das hohe Gericht wolle den Bericht des Herrn Staatsanwaltes Brajon an die russische Staatsanwaltschaft, wenn verlangt wird, es soll bei allen Privatkundanten und Verwandten Hausdurchsuchungen vorgenommen werden, zur Verlehung bringen. Den "in Folge dieses Berichtes" erklärte Strasser, "wurden 40 meine Freunde und Verwandten in Warschau und Petersburg verhaftet".

Auch der Hauptangeklagte Lub. Marinsky erzählte, daß auf diese Weise viele seiner Freunde in Russland verhaftet wurden, ja einige auf administrativen Wege nach Sibirien expediert wurden.

Durch diese Ausführungen veranlaßt, verlangte der Herr Staatsanwalt Brajon von den Vorsitzenden Herrn Eggersen die Erklärung, wie es kommt, daß die Angeklagten die amtlichen Geheimnisse erfahren haben. Was der Vorsitzende nach längeren Nachfragen dahin erklärte. Dieser Antrag an die russische Staatsanwaltschaft war pagina fraca auf einen polizeilichen Bericht notiert und konnte denselben der Angeklagten lesen, weil im Akte selbst zur Durchlezung vorgemerkt. Es sei daher ohne Schild des Vorsitzenden, daß amtliche Geheimnisse preisgegeben werden.

Bittere Gesüle drängen sich mir bei Niederschreibung dieser Zeilen auf und unterlasse ich's nur in Hinblick auf unsere Preßverhältnisse, demselben Luft zu machen.

Wien. Sonntag den 22. Februar stand in den Lokalitäten zur Seite, X. Bez. eine freie Versammlung der Sattler, Riemer und Taschner statt. Tagesordnung: I. Punkt: Allgemeine Arbeiterangelegenheiten. II. Punkt: Sport und Augen der Vereine.

Zum ersten Punkt sprach als Referent über die Vorgänge in der Fabrik zur Heeresausstattung am Rentenweg, Genosse Bauer. Redner gibt bekannt, daß vergangenen Herbst, beim Herrn Direktor der besagten Fabrik eine Deputation sämtlicher Arbeiter vorstreckte, welche in Hinblick auf den damaligen schlechten Geschäftszustand, forderte, den Modus Arbeit nach Sache nehmen zu lassen, also schaffen, um es den Arbeitern in der Fabrik zu ermöglichen, ganze Tage dort zu arbeiten. Nach mehrwochentlichem erfolglosen Warten begab sich eine zweite Deputation zum Herrn Direktor, abermals ohne Erfolg. Darauf verfaßte die Arbeiter eine Petition, worauf der Herr Direktor erklärte, daß er auf den Vorfall der Petition nicht einzugehen sei sondern eine Entlastung vornehmen werde. Obwohl nun früher die Sattler und Riemer des Geschäftes sich das Versprechen gegeben, wenn Entlastungen vorzunehmen, alle die Fabrik zu verlassen, so schlossen sich, als tatsächlich Entlastungen vorlagen, nur 3 Kollegen an. Zu bemerken ist nur, daß die entlasteten gerade die ältesten Arbeiter der Fabrik sind. Diese Vorgänge bedauern, fordert Bauer die Anwesenden auf, sich zusammenzutun.

Sich erklärt, daß solche Vorlomassse nur möglich sein können, wenn die große Masse, dem Vereinsleben fern steht und fordert zur Organisation auf.

Schwarzinger Joh. meist auf die Not und das Elend der Arbeiter hin, und sagt daß es traurig ist, daß diejenigen, die diese Not zu steuern gelungen sind, von ihren Kollegen so hämisch im Stiche gelassen werden, anstatt für ihre Vorkämpfer einzustehen.

Kreti sagt, daß es mir den Indifferenzismus der Arbeiter ermöglicht, daß solche Vorgänge vorkommen können, fordert zur Organisation auf, darauf zur Ordnung aufzurufen, spreicht Redner weiter, worauf ihm schließlich das Wort entzogen wird.

Da Niemand nebe zum Wort vorgemerkt, bringt der Vorsitzende folgende Resolution zur Verlehung:

Die heute tagende freie Versammlung der Sattler, Riemer und Taschner, spricht über die Vorgänge in der Fabrik zur Heeresausstattung am Rentenweg ihr Bedauern aus. Dieselbe wird einstimmig angenommen.

Zum zweiten Punkt sprechen die Genossen Joh. Schwarzinger und Hofmann in gediegene Weise und fordern zur regen Agitation auf.

Karl Simmermann, Schriftführer.

Wien. Freie Kürschner-Versammlung. Tagesordnung I. Bericht über den eingelaufenen Elementar-Unterricht. II. Versprechen der neuen Gewerbeordnung. III. Sport und Sitten des Gewerbevereins. Zum 1. Punkt sprechen die Genossen Wenzel Wil und Godolla, welche den Anwesenden den Vorfall eines Elementar-Unterrichtes vor die Augen führen und zum zehnreichen Beitritt aufzufordern. Zum 2. Punkt belehnen Verborci die Regierungsvorlage einer neuen Gewerbeordnung, führt gesuchte Verbesserungen, vor und schlägt mit dem Appell an die Kürschner, lebhaft zu agitieren, daß die große Masse der Arbeiter unter Forderung in Bezug auf die Gewerbeordnung zu der ihnen mache um dann mit größeren Nachdruck bei den gelegebenen Fällen auf Gewidrung unserer Wünsche vorzu treuen. Zu Verordnung und Nutzen des Gewerbevereines sprechen die Genossen Godolla, Hoffmann und Bartori. Genosse Hoffmann führt in längerer Rede aus, daß es Pflicht eines jeden Arbeiters sei, dem Gewerbeverein beizutreten, führt ferner die Vortheile des Vereines recht drastisch den Anwesenden vor Augen und schlägt mit einem bekannten Satze von Johann Jakobi, was jedoch den Herrn Regierungs-Vertreter veranlaßte den Redner zur Ordnung zu rufen. Hoffentlich wird die Versammlung nicht wirkungslos bleiben und werden viele Kürschner dem Verein beitreten, desgleichen auch anderwertig das Beforderte beherzigen.

F. Hall, Schriftführer.

Wien. Freie Kürschner-Versammlung. Tagesordnung I. Bericht über den eingelaufenen Elementar-Unterricht. II. Versprechen der neuen Gewerbeordnung. III. Sport und Sitten des Gewerbevereins. Zum 1. Punkt sprechen die Genossen Wenzel Wil und Godolla, welche den Anwesenden den Vorfall eines Elementar-Unterrichtes vor die Augen führen und zum zehnreichen Beitritt aufzufordern. Zum 2. Punkt belehnen Verborci die Regierungsvorlage einer neuen Gewerbeordnung, führt gesuchte Verbesserungen, vor und schlägt mit dem Appell an die Kürschner, lebhaft zu agitieren, daß die große Masse der Arbeiter unter Forderung in Bezug auf die Gewerbeordnung zu der ihnen mache um dann mit größeren Nachdruck bei den gelegebenen Fällen auf Gewidrung unserer Wünsche vorzu treuen. Zu Verordnung und Nutzen des Gewerbevereines sprechen die Genossen Godolla, Hoffmann und Bartori. Genosse Hoffmann führt in längerer Rede aus, daß es Pflicht eines jeden Arbeiters sei, dem Gewerbeverein beizutreten, führt ferner die Vortheile des Vereines recht drastisch den Anwesenden vor Augen und schlägt mit einem bekannten Satze von Johann Jakobi, was jedoch den Herrn Regierungs-Vertreter veranlaßte den Redner zur Ordnung zu rufen. Hoffentlich wird die Versammlung nicht wirkungslos bleiben und werden viele Kürschner dem Verein beitreten, desgleichen auch anderwertig das Beforderte beherzigen.

Hofriedorf. 29. Februar. Gehören kann unter dem Vorhabe des Genossen Josef Till hierorts eine sehr stark besuchte Volksversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Die Militärzöl. 2. Die Kasse der Arbeiter. 3. Die Presse. Zum ersten Punkt reiset Genosse Bartori in ausführlicher Weise. Redner betont, daß die Einführung einer Militärzöl gezwungen ist in das Fleisch und Blut der Bevölkerung eingesetzt, indem es eine neue Steuer betrifft. Weiters führt Redner aus, daß in der Schweiz auch eine derartige Vorlage eingebrochen wurde, jedoch von dem Volke abgelehnt wurde. Da das arbeitende Volk ohnedies die größte Steuer, in Form der Blut- und indirekten Steuer zu leisten hat, so veranlaßt wir uns dagegen, daß zu dieser Blut- und indirekten Steuer noch eine direkte Steuer, in Form der Militärzöl eingeführt wird. Wir fordern, daß die Steuern eine gerechte Verteilung erhalten, da das arbeitende Volk durch die indirekten Steuern mehr belastet ist, als diejenigen, die ihre Steuer direkt zahlen. Diese Forderung ist nur durch die Einführung einer progressiven Einkommen- und Gewerbesteuer erfüllt. Redner bespricht das Militärsystem anderer Staaten und kommt zu dem Schluß, daß die Volkswehr sich besser gegen einen äußeren Feind zu verteidigen wisse, als diejenigen Staaten, die in einem hohen Heeresstande ihr Heil erblicken. Weiters bespricht Redner die Gefährlichkeit der stehenden Heere, indem sie immer Ablös zu Kriegen geben und bewirkt zum Schluss folgende Resolution: Die hente in Hofriedorf tagende Volksversammlung erläutert: Wir erblicken in dem, von der

